Breslauer  Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 251. Donnerstag den 26. Oktober 1848.

Der Plan der Umgebung von Wien, welcher dem, am Montage den 23. Oktober ausgegebenen Extrablatte den auswärtigen Abonnenten dieser Zeitung übergeben worden, liegt für die hiesigen Abonnenten der heutigen Zeitung bei.
Breslau, den 26. Oktober 1848. Die Expedition der Breslauer Zeitung.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 15—20. (525—530.) Bogen des 18. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 235—237. Frankf. Bg. 291—293.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 24. Oktober.)

Grabow, Vorsitzender. — Dierschke, als persönliche Bemerkung: Er spreche für sich und seine Freunde den Wunsch aus, daß in diesem Konzertsaale die Harmonie nicht wieder gestört werde, wie es leider vorgekommen. (Heiterkeit und Beifall.) — Von der Prioritätskommission ist folgendem Antrage der Abgeordneten Waldeck und Esser die Priorität eingeräumt worden: „Die hohe Versammlung wolle Folgendes beschließen:

1. Kein Erlaß kann als Gesetz gelten und als solches durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht werden, welcher nicht von der konstituirenden Versammlung in Berlin beschlossen, angenommen oder genehmigt worden ist;
2. Diejenigen Erlasse der Frankfurter Centralgewalt oder verfassunggebenden Versammlung, welche innere Angelegenheiten der einzelnen Länder, namentlich Polizeiwesen und Strafgesetzgebung zum Gegenstande haben, können für Preußen erst durch die Genehmigung der preußischen Volksvertreter gesetzliche Geltung erlangen.

Waldeck: Wenn er die Dringlichkeit motiviren wolle, so müsse er auf den Antrag selbst eingehen. Die Gerichte hätten sich bisher sehr häufig nicht um den Ursprung eines Gesetzes, nach dem sie geurtheilt, gekümmert, es sei ihnen gleich gewesen, ob die Provinzial-Landstände zugezogen oder nicht, genug, wenn es nur in der Gesetzsammlung stand. Was den zweiten Theil seines Antrages beträfe, so müsse er erwähnen, daß derselbe nicht im Widerspruche stehe mit dem früheren Antrage, den er unterstützt habe. Das Gesetz vom 28. Juni 1848 habe der Centralgewalt Grenzen gezogen, die Kompetenz der Frankfurter Versammlung werde durch seinen Antrag nicht angegriffen, wenn schon nicht zu läugnen wäre, daß auch leider dieser Fall eintreten könne. (Beifall und Zischen.) Die Frankfurter Erlasse könnten mit der Zeit ein ganz neues Strafrecht oder eine Beschränkung der gesetzlichen Freiheit bringen. Er erinnere an die Verfügung des Reichs-Justizministers Mohl. (Lebhafter Beifall.) — Fleischer liest Reden aus der 47. Sitzung der Versammlung (Berathungen über den Jakoby'schen Antrag) vor, aus denen er versucht, Widersprüche mit dem heutigen Antrage nachzuweisen. Er ist gegen die Dringlichkeit, Zeit gewonnen, Alles gewonnen, vielleicht könne man so der deutschen Sache einen damals so eifrigen Freund erhalten. (Beifall und Zischen.) Waldeck: In einer so hochwichtigen Sache könne man nicht mit bloßen Redensarten gegen einen ernsten Mann auftreten (Lebhafter Beifall links.) v. Berg ist für die Dringlichkeit. Zu dem Antrage selbst beabsichtigten er und seine Freunde wesentliche Amendements zu stellen und dann den Antrag und die Amendements einer Kommission zur Entwerfung eines Gesetzes zu überweisen. Dunker gegen die Dringlichkeit, mit der Annahme des Antrags sei der Konflikt mit Frankfurt da; er möchte auch ein glühendes Wort gegen die Mörder Auerswalds sprechen, diese seien die Ursache, die eine bedenkliche Wirkung hervorbrachte. (Lauter Beifall rechts und im Centrum.) — Temme für die Dringlichkeit: Es ist bisher unter den Juristen Streit gewesen, ob der Richter sich blos um die ordnungsmäßige Publikation oder auch um die verfassungsmäßige Entstehung des Gesetzes zu kümmern haben. Man hat in Preußen bis jetzt die erste Ansicht festgehalten. Ich, meines Theils, bin, seitdem ich dem Richterstande angehöre und als juristischer Schriftsteller aufgetreten, dieser Ansicht entgegengetreten. Ein berühmter deutscher Gerichtshof, das Oberlandesgericht zu Celle, hat eben so geurtheilt. Wenn in Preußen während der Zeit des Absolutismus diese Ansicht nicht zur Geltung gekommen, so steht doch jetzt nach § 6 d. Ges. v. 6. April d. J. fest, daß der Nationalversammlung das Recht der Zustimmung zu den Gesetzen eingeräumt ist. Der Richter wird also die Gesetze der deutschen Nationalversammlung für uns nicht als für Recht bestehend, betrachten, wenn sie die Zustimmung dieser Versammlung nicht erlangt haben. Der Redner geht nun auf das Wesen des Bundesstaates ein, der seiner Ansicht nach nur den Zweck einer Einheit dem Auslande gegenüber, einer gemeinsamen Münz- und Heeresverfassung habe. Er gesteht aber der Centralgewalt nicht das Recht zu, in die innere Gesetzgebung einzugreifen. Die deutsche Nationalversammlung habe ihre Kompetenz überschritten durch das Gesetz zu ihrem Schutze. Fühlte sie sich bedroht, so mußte ein solches Gesetz den einzelnen Staaten zur Genehmigung vorgelegt werden. Gesteht man der Frankfurter Versammlung das Recht zu, Strafgesetze zu geben, so hätte sie eben so gut, wie sie 15 Jahre Zuchthaus für den von ihr erkannten Hochverrath ausgesprochen hat, die Todesstrafe festsetzen können. Wir aber haben die Todesstrafe abgeschafft. Dann ist das Recht der Gesetzgebung vernichtet und wir sind überflüssig. Die Revolution hat den Bundestag, das Organ der Knechtschaft, mit seiner schmachvollen Central-Untersuchungskommission und seinen anderen ähnlich ehrenwerthen Mitteln vernichtet. Soll an die Stelle dieses Bundestages ein neuer treten, so muß er nicht zu ähnlichen Mitteln greifen, nicht zu Reichserlassen gegen die Presse u. dgl. Wir haben uns die Freiheit erkämpft, wir werden sie uns von einem Parlament nicht nehmen lassen. (Lebhafter Beifall links; einige Mitglieder der Rechten, wie Milde, Petersen, zischen.) — Schultz (Delitzsch) beantragt den Schluß der Diskussion über die Dringlichkeit. Reichensperger spricht gegen den Schluß, er hält das Material zwar nicht für so wünschenswerth, aber es müsse doch noch erörtert werden. Durch den Waldeckschen Antrag werde man über hundert Jahre zurückgeworfen, jetzt zeige es sich, wo die Reaktion sei. (Heiterkeit links.) Der Präsident bemerkt dem Redner, daß er nicht gegen den Schluß, sondern über die Sache selbst spreche. Der Redner entgegnet, daß dies auch von ihm geschehen, worauf der Präsident erwidert, daß ein Sprechen gegen den Schluß etwas Anderes sei, als gegen oder für die Dringlichkeit. Er extrahire jedoch einen Beschluß der Versammlung, daß der Redner fortfahren darf, auf die Sache einzugehen. Dieser entwickelt, wie man die Kompetenz der Frankfurter Versammlung nicht habe bestreiten wollen, wenn die Majorität dieser Versammlung sich bei Gelegenheit des Jacobischen Antrages gegen denselben erklärt habe. Andere Gründe hätten der Nichtannahme dieses Antrages zum Grunde gelegen. Die hiesige Versammlung sei eine sekundäre. (Bravo rechts.) Der Schluß wird herbeigeführt. — Waldeck: Als der Jacobische Antrag von uns vertheidigt wurde, bestand die Antwort aus zwei Theilen; im ersten Theile verdächtigte man uns, im andern bestritt man unsere Competenz. Ich hätte geglaubt, daß seitdem unser parlamentarisches Leben vor einem neuen Auftauchen von Verdächtigungen uns bewahren würde. Hr. Reichensperger hat den Jacobischen Antrag mißdeutet. Ein anderer Redner hat von glühenden Farben gesprochen. Das Bild paßt heut so wenig, wie damals, als ein Regierungs-Kommissar sich dessen gegen mich bediente. Es bedarf wohl erst keiner Versicherung, ich mißbillige das Attentat in Frankfurt, aber ich habe damals dem Berg-Blömschen Antrage nicht beistimmen können, weil mit der Mißbilligung wir damals zugleich der Centralgewalt Militär zur Verfügung stellen sollten. Wie das Militär verwendet worden ist, hat unser Zögern gerechtfertigt. (Beifall.) v. Berg: er verwahre sich dagegen, daß in seinem und dem Antrage seines Freundes Blöm ein Mittel gesehen werde, Reichsgensd'armerie zu schaffen. (Bravo).

Ueber die Dringlichkeit wird namentlich abgestimmt und dieselbe von 174 gegen 173 Stimmen verneint. (Die entschiedene Linke und die Fraktion Berg-Rodbertus stimmen für, die Rechte und die Fraktion Unruh gegen die Dringlichkeit.)

Auf der Tagesordnung steht der Antrag von d'Ester auf Abhülfe der Noth der Weber und Spinner in der Grafschaft Ravensberg und der auf dessen Veranlassung erstattete Bericht der niedergesetzten Commission. Der Letztere wird durch den Abg. Gellern verlesen. Die Kommission beantragt einen Beschluß, das Ministerium zu ersuchen, unter Berücksichtigung der eingegangenen Petitionen und der Anträge einer Reihe westfälischer Abgeordneter diejenigen Geldmittel zu überweisen, welche erforderlich sind, um den armen Spinnern und Webern der Kreise Herford, Bielefeld, Halle, Minden, Lübbecke und Wiedenbrück lohnende, ihre Subsistenz sichernde Arbeit zu verschaffen. Milde beantragt den Zusatz: „und die gewerbliche Aufhilfe jener Kreise namentlich durch Unterstützung des Associationsgeistes nach Kräften zu fördern." Er bittet, daß die Kommission für die Angelegenheiten der Weber und Spinner die Erledigung ihrer Aufgabe möglichst beschleunige. — Elsner (Vorsitzender dieser Kommission) giebt eine Darlegung der Schwierigkeiten, welche sich bei der Arbeit der Kommission darbieten. Er hebt besonders den nachtheiligen Einfluß hervor, den die Baumwollenweberei auf die Leinenfabrikation im Allgemeinen und insbesondere auf den Absatz der schlesischen Leinen gehabt habe. d'Ester macht bemerklich, daß mit dem Worte Association wenig gethan sei. Man müsse wissen, in welcher Art dieselbe zu Stande kommen solle. Vor der Hand komme es auf eine Geldbewilligung an. Finanzminister v. Bonin theilt mit, daß in Folge der Anträge der westfälischen Abgeordneten auf Errichtung von Flachsmagazinen, Anlage von Waarendepots, Verbesserung der Spinnschulen, Einrichtung von Darlehnskassen, schon unterm 28sten v. M. die Regierung Schritte gethan habe. Im Regierungsbezirk Minden und besonders in den landräthlichen Kreisen Herford und Bielefeld seien die Behörden und eine besondere Kommission bereits sehr thätig, jene Anstalten vorzubereiten. Der Antrag der Kommission mit dem von Milde beantragten Zusatz wird angenommen.

Folgt Nr. 9 § 1 des Gesetzes über Aufhebung mehrerer Lasten und Abgaben ohne Entschädigung. Die Kommission beantragt hier unentgeltlich aufzuheben „die unter den Benennungen Schutzgeld, Schutzzins, Jurisdictionszins, Musketiergelder oder unter anderen Benennungen vorkommenden Beiträge der Angesessenen zu den Lasten der Polizeiverwaltung und Ge-

richtsbarkeit; ist jedoch die eine oder andere dieser Abgaben bei der ersten Verleihung eines vorher nicht mit bäuerlichen Wirthen besetzt gewesenen Grundstücks ausdrücklich als Grundabgabe oder Gegenleistung für die Verleihung übernommen, oder vertritt sie die Stelle der Grundsteuer, so bleibt die unentgeltliche Aufhebung ausgeschlossen. Die Debatte erstreckt sich ausschließlich auf die Frage: ob die im Gesetz enthaltenen Benennungen der aufhebenden Abgaben beizubehalten oder nicht. Thümmel stellt das Amendement, die Benennungen wegzulassen. Er hält eine solche Exemplifikation für gefährlich. Moritz und Ulrich sprechen in gleichem Sinne. Andere Amendements beantragen die Hinzufügung neuer Benennungen. Der Berichterstatter ist für Verwerfung dieser Amendements. Die Majorität entscheidet sich für Annahme des Kommissionsvorschlages, jedoch mit Weglassung der einzelnen Bezeichnungen. (Schluß $2\frac{1}{2}$ Uhr.)

□ **Berlin**, 24. Oktbr. [Tages-Bericht des Corresp.-Bureau's.] In Betreff der Bestätigung der jüngsten Minister-Crisis geht uns die Mittheilung zu: Hr. v. Pfuel sei nur durch die ihm gewordene bestimmte Zusicherung zum Bleiben bestimmt worden, daß man die nächste schickliche Gelegenheit, welche der Minister-Präsident selbst nachzuweisen habe, benutzen wolle, um einen General aus einer Stellung zu entfernen, welche nicht blos die Bevölkerung der Haupt-Stadt zu stets neuen Besorgnissen fortwährend aufreizt, und die Wiederkehr des Vertrauens zur Regierung unmöglich macht, sondern auch die verantwortlichen Vertreter der Krone in ihren Maßnahmen zur Vermittelung und Versöhnung der Gegensätze hemmt. Es wird uns bestimmt versichert, daß dies der ungefähre vom Hrn. v. Pfuel selbst vorgeschriebene Wortlaut einer ihm ertheilten Zusicherung sei. — Die Befürchtungen von Gewaltstreichen der Reaction sind in den letzten Tagen wieder zu einer unglaublichen Höhe gestiegen. Nichts von Allem, was gerüchtsweis erzählt wird, ist zu abenteuerlich, um nicht bei dem nun einmal argwöhnisch gemachten Volke Glauben zu finden. Jede Combination, auch die wunderlichste, findet gläubige Bekenner. Bald wird es keinen Aufwiegler mehr geben. Denn wer zu einem Volkshaufen, ohne von ihm gekannt zu sein, irgendwie etwas spricht, läuft Gefahr, als Reaktionär angesehen und mißhandelt zu werden. Erscheinungen der Art sind täglich wahrzunehmen. Auch heute wurde in der Nähe des Schauspielhauses ein Reaktionär von dem Volke ergriffen, und unter Insulten einer Wache überliefert. — Der Abgeordnete Riebe, der gestern durch Aenderung seines Votums in der Polenfrage zu leidenschaftlichen persönlichen Erörterungen in der National-Versammlung Anlaß gab, hat dem Präsidium schriftlich angezeigt, daß er nach reiflicher Ueberlegung nunmehr sein erstes Votum (für das Phillipssche Amendement) wieder aufnehme. Der gedachte Abgeordnete soll überdies heute Platz auf der Linken genommen haben. — Ein durch Mauer-Anschlag veröffentlichtes Schreiben von 1590 Wählern des Abgeordneten Beier von Görlitz erklärt das Verhalten dieses Mannes bei Gelegenheit einer die Aufregung in Schlesien betreffenden Debatte als eines Volksvertreters unwürdig. — Das Gerücht, daß der König dem von der National-Versammlung beschlossenen Jagdgesetz die Sanction versage, hat die Abgeordneten Schöne und Schultz (Delitzsch) zu einer Interpellation veranlaßt, die als eine „höchst dringende" auf die morgende Tagesordnung gesetzt ist. — Die Herren v. Meusebach, Mätzke und Schmidt (Beeskow) haben den Antrag eingebracht, von nächster Woche an vier Sitzungstage ausschließlich für die Berathung des Verfassungsentwurfes anzusetzen; die Herren Sperling und Wenger wollen nur drei Tage für diesen Zweck verwendet wissen. — Am 5. December feiert das königliche Ehepaar die silberne Hochzeit. Ein Gerücht behauptet, der König wolle von diesem Tage ab seinen Aufenthalt wieder dauernd in Berlin nehmen.

(*) **Berlin**, 24. Oktober. [Ministerkrisis. Demokratischer Kongreß. Das fürstl. Familienleben.] Unsere neue Ministerkrisis scheint sich nur um die Person des Ministerpräsidenten und Kriegsministers bewegen zu wollen, welche beide Stellen — was man für eminent charakteristisch anzusehen geneigt ist — auch ferner in einer und derselben Person vereinigt bleiben sollen. Das bei dem König eingegebene Entlassungsgesuch des Herrn v. Pfuel deutet auf anwachsende Stürme in unseren höheren Staatssphären, in denen in der letzten Zeit die eigenthümlichsten und folgereichsten inneren Bewegungen vorgegangen sind. Sehr auffallend sind die Aeußerungen über Hrn. v. Pfuel, welche jetzt in gewissen aristokratisch-reaktionären Kreisen fallen sollen, und wonach er dort für nichts mehr und nichts weniger als einen „Republikaner" gehalten wird, was man auch mit mehreren Antecedentien des Generals, namentlich mit seinem früheren Aufenthalt in der Schweiz, in Verbindung bringen will. Die Lächerlichkeit dieser Behauptung gewinnt nur dadurch an Bedeutung, daß man auf gewissen Standpunkten die Persönlichkeit des Generals Pfuel nicht mehr für die geeignete zu halten schien, um sich ihr bei gewissen Eventualitäten unserer nächsten Zukunft anzuvertrauen. — Das Verhalten der Regierung bei dem hier bevorstehenden Demokraten-Kongreß, hinsichtlich dessen auch von Frankfurt aus besondere Erwartungen hierher dirigirt wurden, soll einen Hauptgrund zu den Zerwürfnissen abgegeben haben, welchen das Entlassungsgesuch des bisherigen Ministerpräsidenten beigemessen wird. Diesem Demokraten-Kongreß ist es wenigstens gelungen, sich vorweg einen gewissen Ruf auch in der größeren Volksmasse hier zu erwerben, so daß allerdings die Aufmerksamkeit auf ihn gerichtet ist, und er deshalb vielleicht nicht ganz so lächerlich ablaufen dürfte, wie sein Vorgänger, der in Frankfurt a. M. abgehaltene. Die Hauptnotabilitäten unserer Demokratie, namentlich die Herren Held, Arnold Ruge und Ottensoßer, werden dabei die Zügel der Geschäfte führen. — Im Gegensatz zu diesen Nachrichten auch Einmal etwas aus den exklusiven Kreisen. — Unser königliches Paar wird bekanntlich im November seine silberne Hochzeit feiern, und der König hat als Angebinde für die Königin bei verschiedenen Künstlern ein Album bestellt, dessen Blätter aus Randzeichnungen und Arabesken zur Versinnlichung von Sprüchen und Bibelversen bestehen soll, welche der König selbst zu diesem Zweck ausgewählt hat. Eine andere Nachricht ist die in diesen Tagen an unserem Hofe bevorstehende Verlobung der Prinzessin Charlotte, Tochter des Prinzen Albrecht, mit dem regierenden Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher junge Fürst bisher bekanntlich allem Andringen seiner Familie, sich zu verheirathen, standhaft sich widersetzte. Auch die unglückliche Herzogin Helene von Orleans, die bisher noch in Eisenach verweilte, wird sich jetzt nach Mecklenburg-Schwerin begeben, um dort auf einem einsam gelegenen Schlosse ihre frommen Tage zu verleben.

§§ **Berlin**, 24. Oktober. [Das Studenten-Corps entwaffnet. Sitzung.] Es kursirt heute in der Stadt das Gerücht, das fliegende Corps der Studenten sei entwaffnet worden. Ich theile Ihnen Dasjenige mit, was mir als sicher verbürgt davon bekannt geworden ist. Der Senat der hiesigen Universität forderte gestern das Studentencorps auf, die unbenutzten Waffen zurückzuliefern; er berief sich hierbei auf ein ihm zugegangenes Ministerialrescript. Der Befehlshaber des Corps wandte sich in Folge dessen an das Kommando der Bürgerwehr, als der vorgesetzten Behörde, mit der Bitte um Verhaltungsbefehle. Der Commandeur Herr Rimpler ertheilte darauf den Bescheid, daß die Waffen, welche augenblicklich verfügbar wären, dem Bürgerwehr-Kommando zur Verwahrung zu übergeben. Ehe aber die Studenten diesem Befehl, dessen Ausführung für heute Morgen um 8 Uhr festgesetzt war, nachkommen konnten, ließ der Senat schon um 6 Uhr früh die Waffen abholen und nach dem Zeughause abführen. Das Kommando der Bürgerwehr verfügte sofort beim Zeughaus-Amte die Rückgabe der Waffen, es wurde ihm geantwortet, nur auf Antrag des Senates könne dem Folge gegeben werden. Herr Rimpler hat darauf den Senat aufgefordert, jene Verfügung unverweilt zu treffen und denselben für alle Folgen verantwortlich gemacht. Die Antwort des Senats ist noch nicht bekannt. — Das Resultat dieser Waffenbeute ist an und für sich nicht bedeutend, im Ganzen fand man nur 150 Säbel und 40 Gewehre; die Studenten sollen bereits vor einiger Zeit die überflüssigen Waffen unter ihre übrigen Commilitonen vertheilt haben. — Aber dies Ereigniß hätte zu ernsten Unruhen führen können, wenn die Studenten, weniger gemäßigt, es verabsäumt hätten, den gesetzlichen Boden einzuhalten und statt dessen etwa gar den Arbeitern die Sache mitgetheilt hätten. — Wahrscheinlich steckt Herr Eichmann hinter der ganzen Sache, man sollte es fast annehmen, wenn man darauf achtet, daß hier wieder das Bürgerwehr-Kommando umgangen worden. Denn diesem allein, nicht dem Senat, steht es zu, dem bewaffneten Studentencorps Befehl zu ertheilen. Wie Sie wohl aus frühern Vorgängen ersehen haben, ist der Minister des Innern dem Kommando nicht besonders freundlich gesinnt und hat dies Mal zwischen sich und letzteres den Senat vorgeschoben, wie er sonst das Polizeipräsidium zur Bestellung von Aufträgen an die Bürgerwehr benutzt hat. — Meine Ansicht von dem Resultate des Waldeck-Esserschen Antrages, welche ich in meinem gestrigen Bericht aussprach, hat sich vollkommen bestätigt; die Majorität, freilich nur von einer Stimme, hat die Dringlichkeit des Antrages nicht anerkannt.

Z. **Berlin**, 24. Oktober. [Verschiedenes.] Der Sohn des Prinzen von Preußen wird binnen Kurzem eine Reise nach Petersburg machen, der erste selbstständige Ausflug, welchen der junge Prinz unternimmt. — Hier in Berlin nimmt jetzt das Petitionswesen wieder einen größeren Aufschwung. In nächster Zeit wird eine Riesenpetition an die National-Versammlung um Beschleunigung des Verfassungswerkes gelangen. Zu derselben sind von verschiedenen Seiten, von Conservativen wie Radikalen im ganzen Lande Unterschriften gesammelt worden. Auch die Petition wegen des Schutzes der Abgeordneten gegen die Bedrohungen und Einwirkungen des niederen Volkes ist bereits im Gange und findet lebhafte Theilnahme. — Die Arbeiter auf dem Köpnicker Felde enthalten sich jetzt zwar aller Ruhestörungen, aber sie arbeiten auch nicht. Zwangsmaßregeln sind in dieser Beziehung bisher nicht angewendet worden, weil man erwartet, daß endlich das Gefühl des Pflichtberufs die Oberhand gewinnen werde über die Neigung zu müssigen Belustigungen. — In unserer Stadt wird viel von mehreren Raubanfällen gesprochen, welche dieser Tage hier und in der Umgegend geschehen sind. So wurden in der Nähe von Steglitz Marktleute, die sich mit ihren Waaren nach Berlin begeben wollten, in der Nacht vom Sonntag auf Montag von einer ganzen Bande überfallen und theilweise geplündert. Ebenfalls am Sonntag Abend wurde in einem entlegenen Theile des Thiergartens ein einzeln gehender Mann von einem Unbekannten angefallen und seiner Uhr beraubt. Zufällig vorbeikommende Personen retteten ihn aus den Händen seines überlegenen Drängers.

[Preußen und die Centralgewalt.] Der Bevollmächtigte Preußens bei der provisorischen Reichsgewalt, Herr Staatsminister Camphausen, hat am 15. unsere Stadt wieder verlassen, nachdem die Verhandlungen über die zwischen Frankfurt und Berlin dermalen obschwebenden Fragen zu einem für das Ministerium wie für den Bevollmächtigten, und, wie man hoffen darf, auch für die provisorische Reichsgewalt befriedigenden Schlusse gediehen sind. Bekanntlich bezogen sich die von der provisorischen Centralgewalt gestellten Forderungen auf die auswärtige Vertretung und auf die Unterordnung eines Theiles der Armee, nämlich des bundesverfassungsmäßigen Contingents. In letzterer Hinsicht gehen die preußischerseits gemachten Zugeständnisse nun weit über die Forderung der Reichsgewalt hinaus: die Regierung hat die gesammte Militärmacht zur Verfügung des Reichsverwesers gestellt. Betreffend die völkerrechtliche Vertretung im Auslande ist ebenfalls, wenn nicht Alles, doch ein guter Theil von Dem, was die Reichsgewalt begehrte, bewilligt worden. Preußen ist bereit, in den Ländern, wo die provisorische Centralgewalt anerkannt worden, seine Konsuln zurückzuziehen und den Reichskonsuln ausschließlich die Vertretung zu überlassen; es willigt ferner ein, den für die nordamerikanischen Freistaaten zu ernennenden Reichsgesandten (wie man sagt, Hrn. von Rönne) als Gesandten Preußens anzuerkennen. Hinsichtlich der wichtigsten diplomatischen Posten bei einigen europäischen Kabinetten ist ein ferneres Abkommen vorbehalten; jedoch ist in Bezug auf dieselben der unbedingte Rücktritt der preußischen Diplomatie Seitens der provisorischen Reichsgewalt wohl nie begehrt worden, so daß hierin ein Einvernehmen unschwer wird erzielt werden können. Mit diesen wichtigen Verhandlungen trifft in sehr erfreulicher Weise die schließliche Beendigung der dänischen Verwicklung zusammen. (Köln. Z.)

* **Posen**, 23. Oktober. [Subhastationen. — Krauthofer-Krotowsky.] Von den Juden ist die Drohung, den polnischen Gutsbesitzern alle Hypotheken und persönlichen Schulden zu kündigen, wahr gemacht worden, und es sind gegenwärtig in Folge dessen bereits gegen 300 Güter zur Subhastation gestellt. Was wird das Resultat sein, wenn die Subhastationen wirklich vollbracht und nicht in Zeiten zurückgenommen werden sollten? Die Gläubiger der jetzigen Gutsbesitzer werden allerdings die Genugthuung haben, viele derselben aus ihrem Besitzthum zu verdrängen, allein die Güter werden bei dem Mangel an Konkurrenz, alle in die Hände unseres reichen Adels übergehen, die Gläubiger aber werden bei den niedrigen Güterpreisen mit ihren Forderungen größtentheils ausfallen und so vor Allen den Kürzeren ziehen. — Der Justiz-Kommissar Krauthofer-Krotowski ist zwar in Folge der Amnestie seiner Haft entlassen worden, doch scheint man die Verfolgungen gegen ihn trotzdem hier noch nicht ganz aufgeben zu wollen. Wenigstens hat man bis jetzt einen bei dessen Braut früher in Beschlag genommenen Koffer, der außer einer bedeutenden Summe in Pfandbriefen auch einige Papiere enthält, die Krotowski gehören und von diesem seiner Braut zur Aufbewahrung während der Unruhen übergeben waren, noch unter allerhand Vorwänden nicht zurückgeliefert. Die betreffende Dame hat bei der Konfiskation zwar erklärt, daß der Inhalt des Koffers bis auf die letztgenannten Papiere ihr Eigenthum sei, allein auf Grund einer mit ihr in deutscher Sprache — in der sie sich nur sehr unvollkommen verständlich machen kann und bei der sie überhaupt wohl sehr befangen sein mochte, — aufgenommenen Verhandlung hegt man die Vermuthung, das Geld gehöre gleichfalls Herrn Krotowski, und so will man dasselbe zur Deckung der Kosten und etwaiger Ersatzansprüche, welche noch vom Fiskus oder Privaten an das Korps, dem er eine Zeit lang angehört haben soll, gemacht werden könnten, einstweilen zurückbehalten.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 21. Okt. Se. königl. Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen ist heute Vormittag hier angekommen und hat bald nachher Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog = Reichsverweser seinen Besuch abgestattet. Auch Graf Alexander Mensdorf, direkt aus dem kaiserlichen Hoflager zu Olmütz hier eingetroffen, hat sofort dem Erzherzog Johann seine Aufwartung gemacht. (St.=Anz.)

Rastatt, 21. Oktober. [Struve und Blind] haben ihr bisheriges Gefängniß in Bruchsal wieder mit den hiesigen Kasematten vertauscht. Sie wurden heute Mittag, unter Bedeckung von 60 Mann preußischer Truppen, hierher gebracht. Man sagt, diese Versetzung habe ihren Grund darin, daß man nun Gelegenheit erhalte, die Anzahl der Truppen in Bruchsal zu vermindern. Voraussichtlich wird indeß der hiesige Aufenthalt der Gefangenen von kurzer Dauer sein, da die Geschwornen zu ihrer Aburtheilung alsbald zusammentreten werden, wenn das desfallsige Gesetz in beiden Kammern berathen und sanctionirt ist.

(D.-P.=A.=Ztg.)

Schleswig, 22. Okt. [Antritt der neuen Regierung.] In der Morgenstunde des heutigen Tages hat die prov. Regierung von dem bei ihr angestellten Personal Abschied genommen. Der Präsident, Herr Beseler, soll bei dieser Gelegenheit eine sehr herzliche Ansprache gehalten haben. Um 12 Uhr ist darauf die neue Regierung von den Kommissarien Herrn Stedtmann und v. Reedtz in aller Stille auf dem Schlosse Gottorf installirt worden. Eine angemessene Bekanntmachung der abtretenden prov. Regierung ist bereits an den Straßenecken angeklebt. Die Proklamation der neuen Regierung wird zu morgen erwartet. Aus zuverläßiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß dieselbe sehr befriedigenden Inhalts sein wird. Außerdem wird dem Vernehmen nach eine Bekanntmachung des Reichskommissärs Stedtmann an das Volk Schleswig=Holsteins erscheinen. — Mit dem heutigen Tage beginnt ein neuer Abschnitt unserer Geschichte. (H. C.)

Oesterreich.

Wien wird bombardirt.

***** Breslau, 25. Oktbr. Nachmittags 4 Uhr. Der Wiener Postzug ist zwar so eben eingetroffen, hat aber weder Zeitungen noch Briefe mitgebracht. Ein einziger Reisender, ein Engländer, welcher der deutschen Sprache nicht mächtig war, langte mit demselben an. — Da bis jetzt anderweitige zuverlässige Nachrichten mangeln, so müssen wir uns darauf beschränken, die Aussagen dieses Reisenden mitzutheilen. — Derselbe machte gestern Nachmittags 3¼ Uhr einen Versuch, in die Stadt zu gelangen, um dort einige wichtige Geschäfte abzuwickeln. Allein vergeblich. Um diese Zeit schon habe er einzelne Schüsse vernommen, bald aber habe sich ein regelmäßig rollendes Gewehrfeuer entwickelt, mit anhaltendem Donner der Kanonen untermischt. Die Entfernung des Beobachtungspunktes war Ursache, daß er nicht unterscheiden konnte, ob ein Zusammenstoß der Ungarn, deren Annäherung auf Donauschiffen er früher wahrgenommen hatte, mit den kaiserlichen Truppen stattfinde, oder ob Windischgrätz, treu seiner ausgesprochenen Drohung, Wien bombardire. Der Reisende glaubte sich für das Letztere entscheiden zu müssen, da er vor seiner Abfahrt Abends um 8 Uhr deutlich bemerkte, daß Wien an zwei Orten in Flammen stehe. — Auf seiner Weiterreise hörte er die Gerüchte sich wiederholen, daß die Deutschen in Böhmen sich für die Wiener erhoben hätten und ein Theil des kaiserlichen Militärs vor Wien abgefallen und zum Volke übergegangen sei.**

***** Breslau, 25. Oktober. Abends 6 Uhr. Außer dem oben angeführten Engländer ist doch noch ein zweiter Reisender aus Wien angekommen. Letzterer besucht so eben das Redaktions = Büreau, und theilt Folgendes mit, was wir wohl als sicher verbürgen können, da der Erzähler uns bekannt ist. — Der Referent kam vorigen Sonnabend (wir folgen treu seinem Berichte) in Florisdorf an, konnte jedoch nicht in die Stadt Wien gelangen. Schon Tages vorher war die dortige große Eisenbahnbrücke von den Wienern demolirt und nur einzelne Bohlen über die Luken gelegt worden, damit die fortwährend ein= und ausgehenden Parlamentäre über die Donau gelangen konnten. An den Ausgängen der Brücke stand auf der einen Seite Wiener Artillerie, auf der anderen Seite die Artillerie des Windischgrätz aufgefahren. — Am Montage hörte Referent Kanonendonner von der entgegengesetzten (Süd=) Seite der Stadt her, den man aber der großen Entfernung wegen nur schwach vernehmen konnte. Einige vermutheten, daß die Ungarn einen Angriff versuchten, Andere meinten, daß die Wiener einen Ausfall gegen die Kroaten (bekanntlich steht Jellachich dort) machten. Genung, in Folge dieses Gefechtes ließ Windischgrätz sofort bei Nußdorf eine Schiffbrücke schlagen und setzte mit einem großen Theile seiner Truppen dort über die Donau. Indem Windischgrätz diese Stellung im Westen der Stadt einnahm, vollendete er nicht nur die Cernirung von Wien, sondern war auch mit Jellachich in engster Verbindung und im Stande, den Kroaten sofort beizustehen, wenn sie von den Ungarn angegriffen werden sollten. — Den Wienern wurde nun, wie man sich in dem Lager bei Florisdorf erzählte, von Windischgrätz eine peremtorische Frist bis Dinstag früh gestellt, bis wohin sie entweder die Waffen niederlegen sollten, oder er sofort das Bombardement beginnen würde. Was die Wiener geantwortet, konnte man natürl. in Florisdorf nicht erfahren, da Windischgrätz sich bei Nußdorf befand; allein jedenfalls muß es eine abweisende Antwort gewesen sein, denn gestern (Dinstag) um 9 Uhr begann, wie angedroht war, das Bombardement. Dasselbe fand nicht zugleich von allen Seiten statt, denn man hörte zu Florisdorf den Kanonendonner nur schwach, und zwar von der Westseite der Stadt her. Doch fielen auch einige Schüsse aus den Geschützen, die an der oben bezeichneten Brücke bei Florisdorf standen. So wurden um 11 Uhr, in der nächsten Nähe des Referenten, drei Artilleristen durch einen Schuß von der Stadt her zu Boden gestreckt und bald darauf durch einen zweiten Schuß von eben daher zwei Bäume darniedergeschmettert. — Nachmittag um 4 Uhr ward jedoch das Bombardement allgemein und der Donner des Geschützes drohnte fast ununterbrochen fort. Bis jetzt hatten die Wiener immer noch das Ufer jenseits der ersten Eisenbahnbrücke bei Florisdorf besetzt gehalten, aber von 5 Uhr ab zogen sie sich zurück und steckten, um die Verfolgung zu hindern, die zweite große Eisenbahnbrücke (bekanntlich ist dieses Meisterwerk ganz von Holz), so wie die andere Fahrbrücke in Brand. Einige Zeit vorher war auch im Westen der Stadt ein Feuer aufgegangen, wie man schon bei Tage an dem vielen Rauch bemerken konnte; zur Zeit aber, als Berichterstatter abfuhr, war jener Brand, so wie der der Brücken so stark, daß er den ganzen nächtlichen Himmel über der Stadt mit einer glühenden Rothe übergoß.**

*** Olmütz**, 23. Okt. Einem Gerüchte zu Folge hat die Studenten=Legion Wiens einen Ausfall ins kroatische Lager gemacht (s. oben den zweiten Artikel Breslau, 25. Okt., Abends 6 Uhr), ist aber umzingelt worden und ließ mehr als die Hälfte ihrer Zahl todt am Platze zurück. — Dem Vernehmen nach erhielt weder die Deputation des Gemeinderathes noch jene der Nationalgarden und akademischen Legion aus Wien bei Sr. Majestät Zutritt. Beide sind unverrichteter Sachen vorgestern abgereist. (s. gestr. Bresl. Ztg.) Dagegen wurde eine Troppauer Deputation mit einer Loyalitäts=Adresse zur Audienz vorgelassen. — Es verbreitet sich das Gerücht, daß die bombenfreie Kaserne am Dom für das diplomatische Corps eingerichtet werden soll. — Gestern ist die Deputation des Brünner Landtags hier angekommen.

Galizien hat seinen eigenen Landtag ernannt. — 1000 Hannaken hielten ihren Einzug in Olmütz mit schwarz=gelben Fahnen und weiß=rothen Leibbinden, um Sr. Majestät zu huldigen. Nachmittags trafen eben so viel Weiber und Kinder mit Geschenken für den Kaiser ein. — Der königl. preußische Generallieutenant Thiele, der baierische Generallieutenant Zollern, dann der kaiserl. russische Botschafter Medem sind in Olmütz eingetroffen. — In jeder Provinz des Kaiserstaates soll eine eigene Landesverwaltung geschaffen werden, daher nur drei Ministerien, Krieg, Finanzen und Auswärtiges für den Kaiserstaat verbleiben, wodurch das Isoliren der Nationen gehoben werden dürfte.

**** Lemberg**, 20. Oktober. [Das Manifest des Kaisers.] Heute wurde die Stadt durch ein kaiserliches Manifest in große Unruhe versetzt, und der Centralverein sah sich veranlaßt, sofort eine außerordentliche Sitzung zu halten, um den traurigen Folgen vorzubeugen, welche durch dieses Manifest dem Lande drohen. Das Manifest ist auf Befehl der hiesigen Behörden gedruckt worden, welche hiermit genugsam an den Tag legen, daß sie die einzige legale Behörde, den Reichstag in Wien, nicht anerkennen, und vielmehr bemüht sind, den verderblichen Anordnungen der Camarilla Vorschub zu leisten. — Das Manifest lautet: „An meine Völker! Angekommen in Olmütz, wo ich vorläufig zu verbleiben gedenke, fühle ich den innern Drang für die vielen Beweise der treuen Anhänglichkeit zu danken, die mir mein Volk auf der Reise und überall geboten hat. — Ich bin deshalb mit einem Heere umgeben gereist, weil sich Unwürdige im Lande herumtreiben, die mich verhindern, mich überall mit meinem treuen Volke zu umgeben. — Landvolk meiner Reiche! Vertraue Deinem Kaiser, wie er Dir auch vertraut. Die Freiheiten, welche Dir das eben erlassene Gesetz über Aufhebung der alten **Unterthänigkeit gewährt, sollen Dir sicher bleiben, und** ich wiederhole Dir in dieser Hinsicht mein kaiserliches Wort, wie ich es zu wiederholten Malen auf meiner Reise mündlich ausgesprochen habe. — Es ist dies mein unabänderlicher Entschluß, Dir diese Freiheiten zu bewahren. Habe daher keine Sorge und sei ruhig, mein treues Landvolk! wenn sich Leute finden, welche Deinen Kaiser bei Dir verläumden wollen. Betrachte sie als die Verräther Deines Kaisers, Deines eigenen Wohls, und hiernach richte Dein Benehmen gegen sie ein! — Olmütz, 15. Okt. 1848. Ferdinand. Wessenberg."

**** Krakau**, 24. Oktober. [Die Organisation der Nationalgarde wird aufgeschoben. Abreise des Gouverneurs.] Gestern erschien eine Bekanntmachung des Gemeinderaths, in welcher die Bürger Krakau's benachrichtet werden, daß die Organisation der Nationalgarde am 17ten d. M. ins Leben treten sollte, daß jedoch an demselben Tage ein Courier den Ministerialbefehl überbrachte, die Einrichtung der Nationalgarde bis auf Weiteres auszusetzen. Der Gemeinderath spricht seinen Schmerz darüber aus, daß man der Stadt Krakau noch immer Rechte vorzuenthalten sucht, auf die es so gerechte Ansprüche hat, fordert aber gleichzeitig die Bevölkerung auf, geduldig auszuharren, indem bereits ein Courier mit Remonstrationen an den Gouverneur abgeschickt worden ist. Letzterer hat sich vorgestern eiligst nach Lemberg begeben.

***** Breslau**, 25. Oktober. Abends 10 Uhr. Neure Nachrichten über die Ereignisse zu Wien konnte der jetzt eben angekommene oberschlesische Bahnzug nicht bringen, da die oben mitgetheilten Meldungen bis Dienstag Abend um 7 Uhr reichen. Reisende, welche von Ratibor eben angelangt sind, erzählen, daß die Ungarn den Jellachich im Rücken angegriffen und zu gleicher Zeit die Wiener einen Ausfall gemacht haben, wodurch der obige Bericht seine Bestätigung erhält. Dagegen haben wir auf außerordentlichem Wege noch folgende 3 Plakate erhalten, aus welchen man das Verhältniß zwischen der gesetzgebenden Macht in Wien und Windischgrätz absehen kann. Dieselben lauten:

I. Reichstags = Beschluß
vom 22. Oktober, Nachmittags.

In Betracht, daß die Herstellung der Ruhe und Ordnung, wo sie wirklich gefährdet sein sollten, nur den ordentlichen konstitutionellen Behörden zukommt und nur auf ihre Requisition das Militär einschreiten darf;

in Betracht, daß nach wiederholtem Ausspruche des Reichstages und des Gemeinderathes die bestehende Aufregung in Wien nur durch die drohenden Truppenmassen unterhalten wird;

in Betracht endlich, daß das kaiserliche Wort vom 19. d. M. die ungeschmälerte Aufrechterhaltung aller errungenen Freiheiten, sowie ganz besonders die freie Berathung des Reichstages neuerdings gewährleistet, erklärt der Reichstag die vom Feldmarschall Fürsten Windischgrätz angedrohten Maßregeln des Belagerungszustandes und Standrechtes für ungesetzlich.

Von diesem Beschlusse ist Minister Wessenberg und Feldmarschall Fürst Windischgrätz sogleich durch Eilboten in Kenntniß zu setzen.

Vom konstituirenden Reichstag
Der Reichsvorstand
Franz Smolka, Präsident. Carl Wiser, Gleispach, Schriftführer.

Kundmachung.

Mitbürger! Ein Plakat, gezeichnet „Fürst zu Windischgrätz, Feldmarschall" ist heute an den Straßenecken auf kurze Zeit gesehen worden. Der hohe Reichstag, getreu seiner Aufgabe: das konstitutionelle Wohl der Völker zu vertreten, hat das Mandat des Fürsten Windischgrätz mit dem angedrohten Belagerungszustand und dem daran sich knüpfenden Standrechte für ungesetzlich, folglich für ungültig erklärt. Wir müssen erwarten, ob der Ausspruch der, aus unserer freien Wahl hervorgegangenen Vertreter und Gesetzgeber von dem Minister Herrn Wessenberg zu Olmütz und von den Herrn Fürsten Windischgrätz respektirt werden wird.

II. Mitbürger! Noch ist der Kampf nicht unvermeidlich, noch ist eine friedliche Lösung der Dinge möglich; aber das Wohl unserer schönen Stadt, die Zukunft ihrer Bewohner, vom absterbenden Greise bis zum bewußtlosen Kinde, unsere Ehre, unsere Freiheit erfordern doppelte Wachsamkeit, verdoppelten Eifer.

Jetzt erst trete ich in den Mittelpunkt meines Auftrages: die Stadt Wien sammt Umgebung in Vertheidigungszustand zu setzen. Mitbürger! Es werden die größten und umfassendsten Maßregeln genommen werden. Jedes Zaudern, jede Halbheit fällt hinweg. Sie wäre unser offenbares Verderben. Was nur meine aufrichtige Friedensliebe Versöhnliches an die Hand gab, ist von allen unseren Körperschaften versucht worden. Blickt auf das Beispiel der heldenmüthigen Bewohner von Buda=Pesth! Männer, Frauen,

Kinder aller Alter und Geschlechter haben gezeigt, wie man zwischen Morgen und Abend Wälle baut.

Haupt-Quartier Schwarzenberg-Palais,
am 22. Oktober 1848.

Messenhauser,
provisorischer Ober-Kommandant.

III. Antwort des Gemeinderaths der Stadt Wien an Se. Durchl. den Herrn Fürsten Windischgrätz, Feldmarschall.

Der Gemeinderath der Stadt Wien hat am heutigen Tage die Zuschrift erhalten, welche Ew. Durchl. an denselben zu richten befunden haben.

Der Gemeinderath der Stadt Wien ist jedoch nicht in der Lage, dem ihm gewordenen Auftrage, die mitgetheilten Plakate zu veröffentlichen, zu entsprechen, und zwar aus folgenden Gründen:

Abgesehen davon, daß bereits der hohe Reichstag, welchem der Gemeinderath, so wie jede Behörde der Monarchie untersteht, einen Protest gegen die Amtshandlungen Ew. Durchl. erlassen hat, wodurch das Benehmen des Gemeinderaths allerdings auch geregelt wird, hat der Letztere seine Befehle unmittelbar nur vom Ministerium des Innern, welches gegenwärtig in Wien allerdings vertreten ist, zu empfangen.

Da ihm jedoch weder eine diesfällige Weisung von geachtem Ministerium bisher zugekommen ist, eben so wenig eine solche auf dem Erlasse Ew. Durchlaucht bekräftigeud zu ersehen ist, sieht sich der Gemeinderath nicht auf gesetzlichem Wege angewiesen, dem Wunsche Ew. Durchlaucht nachzukommen.

Jede von Ew. Durchlaucht dem Gemeinderathe auferlegte strenge Verantwortlichkeit wird von demselben in dem beruhigenden Gefühle völlig erfüllter Pflicht auf das Entschiedenste abgelehnt.

Wien, am 22. Oktober 1848.

Die Affichirung der in's Bureau des Gemeinderaths gebrachten Plakate des Herrn Fürsten Windischgrätz ist gestern ohne Auftrag des Gemeinderaths oder seiner Permanenz erfolgt.

Vom Gemeinderathe der Stadt Wien.

Schweiz.

Bern, 19. Okt. Nach Privatbriefen der „Berner Zeitung" habe das Volk und Militär Karl Albert gezwungen, sich zu erklären, ob er Krieg oder Friede haben wolle. Der König habe die baldige Eröffnung der Feindseligkeiten in Aussicht gestellt.

Italien.

Genua, 15. Oktober. Der Andrang um Wiedereröffnung der Feindseligkeiten wird immer heftiger und Karl Albert wird am Ende, wie am Frühjahr, wieder losschlagen müssen, wenn er seine Krone sich erhalten will. — Im Neapolitanischen, wo die letzten Spuren von Unruhen im Kalabresischen verschwunden sind, beginnt Handel und Verkehr wieder aufzuleben. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 21. Okt. [Nationalversammlung. Sitzung vom 21. Okt.] Anfang 1 Uhr. Präsident Marrast. In einzelnen Gruppen erzählt man sich, Lamoricière wolle sich in Folge des gestrigen Votums zurückziehen. An der Tagesordnung ist der Artikel 107 der Verfassung, bezüglich der Militärpflicht. Thiers ist gegen die Abschaffung des Stellvertretungsrechts. Seine Rede dauerte zwei Stunden. Die Sitzung wurde auf 20 Minuten aufgehoben, und dann besteigt Lamoricière die Rednerbühne. So glänzend Herr Thiers gesprochen, habe er doch keine seiner Ueberzeugungen erschüttert. Er vertheidigt nun sein System. — Die allgemeine Diskussion wird als geschlossen erklärt, und man schreitet zur Abstimmung. Die absolute Abschaffung des Loskaufsrechts wird mit 663 gegen 140 Stimmen verworfen. (Aufsehen.) Artikel 107 bis 112 werden dann rasch nach einander votirt und die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Lokales und Provinzielles.

** **Breslau,** 28. Oktober. [Die städtische Ressource] hat in ihrer gestrigen Versammlung darüber debattirt, ob das nunmehr publicirte Bürgerwehr-Gesetz angenommen werden solle, oder nicht. Diese Frage hatte sich im Fragekasten befunden, und ihre Behandlung bildete die Hauptunterhaltung des gestrigen Abends. Die Mehrzahl der Redner meinte schlechtweg, das Gesetz müsse zurückgewiesen werden. Der von einem andern Redner hiegegen gemachte Einwurf, daß man alsdann eine Revolution machen müßte, schien der Versammlung nicht recht einleuchtend zu sein. Und dennoch ist dieser Einwurf vollkommen begründet. Das Bürgerwehr-Gesetz entspricht keineswegs unseren Anforderungen, und zwar schon aus dem Grunde nicht, weil das Ganze auf dem System der administrativen Centralisation beruht, ein System, das uns wenig heilbringend erscheint. Die Bürgerwehr sollte lediglich Kommunal-Angelegenheit sein, und ihre Organisation den Gemeinden überlassen bleiben. Allein die Sachlage ist gegenwärtig eine andere, und das allgemeine Bürgerwehr-Gesetz ist aus dem Schoße einer Versammlung hervorgegangen, die wir selbst erwählt haben, einer Versammlung, deren Loyalität außer allem Zweifel steht. Die Redner, die sich gestern gegen die Annahme des Gesetzes erklärten, scheinen die ganze Schwere einer solchen Erklärung gegenüber der Nationalversammlung nicht genug zu fühlen. Man suchte sich dieses Punktes zwar damit zu entledigen, daß man sich gleichzeitig auch gegen die Unfehlbarkeit der National-Versammlung überhaupt erklärte. Das Letztere hat seine volle Richtigkeit, aber die Verwerfung eines von der National-Versammlung berathenen Gesetzes wird damit keineswegs gerechtfertigt. Denn wo wollte man die Grenze für Annahme oder Verwerfung der Gesetze ziehen? Wo sollte die Competenz der Nationalversammlung aufhören? Diese Fragen wurden in der Debatte nicht erörtert, und wir wollen uns darüber auch hier in keine prinzipiellen Erörterungen einlassen. Praktisch betrachtet, scheinet uns jene aus dem Fragekasten hervorgegangene Frage eine ganz müßige. Das Bürgerwehrgesetz hat leider volle Gesetzeskraft, und wird dieselbe so lange behalten, bis ein anderes und besseres an seine Stelle tritt. Ein Gesetz nicht annehmen wollen, hat aber nur dann Sinn, wenn man der gesetzgebenden Gewalt eine andere Gewalt entgegenstellt, und ich glaube nicht, daß die Redner für die Nichtannahme des Gesetzes das gemeint haben. Die Frage hätte unseres Erachtens daher auch dahin gestellt sein müssen, was nun zu thun sei, da das Gesetz trotz aller Gegenbemühungen zur Publikation gelangt ist. — In diese Richtung ist dann die Frage auch später gebracht worden, und die Bürgerwehr-Klubbs werden sich darüber zu verständigen suchen. — Künftighin sollen auch Damen der Versammlung beiwohnen, doch wurde der Beschluß ausdrücklich dahin gefaßt, daß die Rauchfreiheit dadurch nicht beschränkt werden dürfe.

---

†† **Neisse,** 25. Oktober. Heute Morgen gegen 10 Uhr fand hier ein Tumult statt und zwar gegen die fremden Butter- und Kleiderhändler. Gegen Abend erneuerte sich der Aufruhr, so daß die Bürgerwehr alarmirt werden mußte; leider erschienen sehr wenige Mannschaften, welche auch rasch von der Volksmenge überwältigt wurden, so daß das Militär einschreiten mußte. Gegen 10 Uhr war alles beruhigt.

---

§§ **Hirschberg,** 22. Oktober. [Einkleidung der Landwehr. Bildung eines Landwehrvereins.] Im Verlanfe der letzten acht Tage sind im Zeughause hierselbst 400 Mann des 7. Landwehr-Regiments eingekleidet worden. Man hatte hierbei die Vorsicht angewandt, die Mannschaften nicht auf einmal, sondern in Abtheilungen, je zu 50 Mann, zu citiren. Auf die Aeußerung eines Lieutenants, die der letztere bei dieser Veranlassung an die Landeshuter Landwehrmänner gerichtet, wenn nämlich ein Demokrat es versuchen sollte, sie auf- oder abzureden, so möchten sie denselben sofort beim Kragen nehmen, erklärte ein Wehrmann, die Demokraten — das ist ja das Volk, das sind wir, also müßten wir uns selbst beim Kragen nehmen. — Wenn die Eingekleideten von hier abmarschiren sollen, ist in diesem Augenblicke noch nicht bekannt, wie man vernimmt, sollen sie nach Jauer dirigirt werden. — Heut Nachmittag hat sich auch hier ein Landwehrverein gebildet und dem allgemeinen Landwehrverein für Breslau und Schlesien angeschlossen. Ungefähr 300 Personen hatten sich im Schießhause eingefunden. Außer mehreren anderen Offizieren waren auch der Rittmeister Landrath Graf von Stolberg und der Kommandeur der hiesigen Bürgerwehr, Oberstlieutenant v. Hüllessem erschienen. Ob den Verein kostituiren zu helfen, oder ob die Bildung eines solchen zu vereiteln, mag der Leser aus dem Nachfolgenden entnehmen. Der Riemergeselle Ort, ein junger kräftiger Mann, trat auf und sprach über die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines derartigen Vereins. Da bemerkte der Landrath Stolberg, die Landwehr möge auf der Hut sein, man wolle sie nur verführen und aufwiegeln, das wäre der Zweck, den die Breslauer Wühler verfolgten. Die preußische Landwehr habe sich in den Jahren des Krieges, da sie geschaffen worden, so tapfer gehalten, daß Europa vor ihr gezittert. Er hege das feste Vertrauen, die Versammelten werden derlei Bestrebungen kein Gehör geben; es sei ein solcher Verein, wie er angestrebt werde, nicht nothwendig, er sei vielmehr gefährlich, mithin auch verwerflich. Diese Rede des Landraths hatte zur Folge, daß ihm von allen Seiten her Schweigen geboten wurde. Hierauf forderte der Wehrmann Ort alle diejenigen, die dem zu bildenden Verein beizutreten wünschten, auf, ihren Namen auf eine Liste zu unterschreiben; wer dies nicht wolle, dürfe sich an der Debatte nicht betheiligen und möge den Saal verlassen. Eine Maßregel, die man darum zu ergreifen für nothwendig erachtete, um die der Entstehung eines Landwehrvereins feindlich entgegenwirkenden Elemente zu entfernen. Der Oberstlieutenant v. Hüllessem gab die Erklärung ab, daß er nicht unterschreiben, aber auch den Saal nicht verlassen werde; er sei, meinte er, auch Demokrat, wenn auch in anderer Art. Obschon die Versammlung jetzt sehr ernstlich in ihn drang, sich zu entfernen und der Wehrmann Ort ihm bedeutete, daß er unter solchen Umständen für nichts stehe, was geschehen könne, so blieb derselbe doch im Saale anwesend. Auf Zureden des Landraths verstand er sich endlich dazu, seine Namensunterzeichnung zu leisten. Nun wurde zur Berathung des Statuts geschritten und zuvörderst die Wahl eines Vorstandes vorgenommen. Als § 3 des Statuts zur Debatte kam, worin es heißt, der Verein hat den Zweck, die Volkssouveränetät zu beschützen und reaktionären Gelüsten entgegenzuarbeiten, bat der Landrath Stolberg um's Wort und erklärte, daß er die Volkssouveränetät nicht anerkenne und von Reaktion nichts wisse, weshalb er sich genöthigt sehe, auszuscheiden. Da die Versammlung sich nicht im Entferntesten veranlaßt fühlte, ihn irgendwie darin zu behindern, so verließ der Landrath nunmehr den Saal, ungeachtet er wenige Minuten vorher durch seine Namensunterschrift sich für den Beitritt zum Verein entschieden hatte. Seinem Beispiel folgte sogleich der Oberstlieutenant v. Hüllessem. Auf den Einwand eines Offiziers, daß von Reaktion jetzt nicht die Rede sein könne, da wir noch keine Verfassung hätten, entgegnete der Vorsitzende: Wer die Reaktion leugne, der müßte weder Augen noch Ohren haben und wer die Volkssouveränetät nicht anerkenne, der sei der ärgste Reaktionär, das Volk möge wohl Acht haben, daß ihm die Rechte, die ihm so oft schon versprochen worden, auch gewährt — und diejenigen Freiheiten, die es bereits erhalten habe, nicht wieder verkümmert oder gar entzogen würden. Diese mit überzeugender Wärme und Lebendigkeit gesprochenen Worte wurden von den Anwesenden mit donnerndem Beifalle aufgenommen. Die Berathung der Statuten nahm ihren Fortgang bis zu Ende. Der Vorsitzende, Riemer Ort, erklärte den Verein für konstituirt, und es werden die Zusammenkünfte allsonntäglich Nachmittags 2 Uhr im Schießhause hierselbst abgehalten werden. Jedes Mitglied verpflichtete sich, einen monatlichen Beitrag von einem Silbergroschen zu entrichten; jedoch sollen diejenigen Mitglieder, die sich im Dienst befinden, von dieser Verpflichtung entbunden sein.

Koselwitz, 20. Okt. [Krawall.] Hier haben unangesessene Einwohner (Einlieger, Häusler und Andere) für den Genuß des Raff- und Leseholzes die Verpflichtung, der Grundherrschaft gegen ein gewisses sehr geringes Tagelohn zu robothen. Gestern sollen nun diese Leute die Roboth verweigert haben, weil der Tag zu Feldarbeiten zu rauh gewesen, und dafür in den Forsten nach Raff- und Leseholz gegangen sein. Da aber an diesem Tage nicht Holztag gewesen, wollte der Grundherr, Lieutenant v. Paczensky, Vorstand des Landwehr- und Veteranen-Vereins Rosenberger Kreises, die Leute hieran verhindern, zu welchem Zwecke er gestern Abend persönlich bei dem Lieutenant v. Renz, Commandeur des hier stationirten Militärkommando's, Militärhilfe nach Koselwitz requirirte und seine Einlieger und Häusler hierdurch zur Roboth zwingen wollte. Es ist, wenn man die in diesem Blatte erschienene Darstellung des ersten Excesses zu Koselwitz gelesen, welcher ebenfalls wegen Robothzwang stattfand, und worüber die Untersuchung noch schwebt, sehr auffallend, daß sich gerade in diesem Orte solche Excesse wiederholen. (Telegr.)

Ujest, 20. Oktober. [Katzenmusik. Tumult.] Die am vergangenen Sonnabende stattgehabte Verhaftung des hiesigen Stadtverordneten-Vorstehers hat den Abend des folgenden Tages wirklich zu einem Zusammenlauf Veranlassung gegeben, wobei laut gewordenes Pfeifen und Schnarren auf eine Katzenmusik deuteten, die dem O.-L.-G.-Assessor und Stadtrichter Tautz und dem O.-L.-G.-Assessor Engelbrecht bestimmt gewesen sein soll. Die Bürgerwehr trieb die Ruhestörer auseinander, die es nicht mehr zu wagen scheinen einen Auftritt zu wiederholen, der hier gar keinen Anklang, wohl aber den kräftigsten Widerstand findet. — Ueber Wühlereien wird bei uns auch sehr geklagt, indem das Proletariat aus Mangel an anderer ernährender Beschäftigung, in Massen auf die Felder strömt, und dort die bereits wieder bestellten Aecker zerwühlt, um da wo Kartoffeln geerntet worden sind, die Nachlese zu halten. — Reisende, die so eben aus Kosel kamen, theilen mit, daß gestern Abends 5 Uhr auf vier vierspännigen Wagen, von dort eiligst Militär nach Jakobsdorf gebracht wurde, wo es Tumult geben soll. Jakobsdorf gehört den von Szczutowskyschen Erben und liegt 2½ Meile von Kosel und eine Meile von Leobschütz entfernt. (Telegr.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 251 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 26. Oktober 1848.

Inserate.

Bekanntmachung.

Bälle und ähnliche Lustbarkeiten sind nach § 10 der Verordnung der königl. Regierung vom 29. Juni 1843 — (Amtsblatt pro 1843, Seite 144) — sowohl an dem auf den 2. November d. J. fallenden Tage Aller-Seelen, als auch an dessen Vorabende überall verboten, was zur Nachachtung hierdurch in Erinnerung gebracht wird.

Breslau, den 22. Oktober 1848.

Das kgl. Gouvernement. v. Quadt. — Kgl. Polizei-Präsidium. Kuh.

Bekanntmachung.

Unter Bezug auf die vorläufige Bekanntmachung vom 13ten d. M. wird zur Nachachtung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß wegen Legens eiserner Wasserleitungs-Röhren der Theil der Nikolaistraße zwischen der Herrenstraße und dem Ringe vom 26sten d. M. ab, auf mehrere Tage abgesperrt sein wird. Breslau, den 24. Oktober 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.

Kuh.

Ressourcen-Anzeige.

Das erste Winter-Konzert der städtischen Ressource findet Freitag den 27. Oktober, Nachmittags von 3 Uhr ab, im Wintergarten statt. Die Konzertkarten sind von 9—12 und Nachmittags von 2—4 Uhr, täglich bis Freitag den 27. Oktober incl. in der Bade-Anstalt an der Matthiaskunst gegen Vorzeigung der letzten Beitragsquittung in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand der städtischen Ressource.

Heute den 26. Okt., Abends 8 Uhr, im Goldschmidt'schen Lokale, Sitzung der Central-Kommission der Bürgerwehrklubbs.

An Herrn Beyse, Premier-Lieutenant a. D. u. s. w.

(in Folge seines Plakats.)

Geben Sie sich mit uns nicht Müh';
Die alte Garde denkt nicht wie Sie!
Die stirbt mit Ehren, Herr Lieutenant:
„Mit Gott, für König und Vaterland!"

Ein Veteran für Alle.

Berichtigung. Eine aus dem Reichenbacher Wochenblatte entlehnte Nachricht redete kürzlich von dem Attentat einer „Gnadenfreier Pensionairin". Um alle Mißverständnisse abzuwenden, sehe ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß die Bezeichnete kein Zögling der hiesigen Erziehungsanstalt sei, ebensowenig überhaupt eine hiesige Pensionärin, da sie weder eine Pension aus Gnadenfrei bezogen, noch eine solche anderswoher ihr zufließende hier verzehrt hat; auch ist sie niemals Mitglied der Brüdergemeine gewesen, sondern hat nur als Pflegerin einer schwachen, mehr als 80jährigen Mutter in Gnadenfrei gewohnt. Der ganze Vorfall unterliegt gegenwärtig einer gerichtlichen Untersuchung.

Gnadenfrei, den 23. Oktober 1848.

G. M. Schneider, Inspektor der Erziehungsanstalten.

Theater-Nachricht.

Donnerstag: **„Zopf und Schwert."** Historisches Lustspiel in fünf Akten von Karl Gutzkow.

(Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.)

Freitag: **„Obern, König der Elfen."** Romantische Feen-Oper mit Tanz in drei Akten, Musik von C. M. v. Weber.

Johanna Löwy.
Nathan Stern.
Verlobte.
Breslau, den 23. Oktober 1848.

Entbindungs-Anzeige.

Die am 20. d. M., Nachmittags 4 Uhr, erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Ida, gebornen Groche, von einem gesunden Mädchen, zeige ich hiermit, statt jeder besondern Meldung, meinen Freunden und Bekannten ergebenst an.

Ober-Borin, den 20. Oktober 1848.

Hoffmann, Rittergutsbesitzer.

Entbindungs-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)

Theilnehmenden Freunden und Bekannten die ergebenste Anzeige, daß meine Frau heute Vormittag um 10 Uhr von einem gesunden Knaben glücklich entbunden ist.

Breslau, den 25. Oktbr. 1848.

Dr. Windmüller, Justizkommissarius.

Capital-Gesuch.

6000 Rtl. à 5% Zinsen, die **zur ersten Stelle** auf einem Rittergute haften, welches im vorzüglichen Kultur-Zustande ist und **mehr als Pupillar-Sicherheit gewähren**, werden gesucht. Anfrage und Adress-Bureau im alten Rathhause.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur.

Freitag den 27. Oktober, Abends 6 Uhr, Vortrag des Herrn Consistorial- und Schulrath Menzel: Ueber die inneren Zustände des preussischen Staats vor und nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelm III.

Breslau, den 23. Oktober 1848.

Der General-Secretär **Bartsch.**

So eben ist bei Voigt in Weimar erschienen:

Der Völkerprozeß der Magyaren u. Kroaten.

Mit Berücksichtigung seiner auch für Deutschland wichtigen Folgen.

Gr. 8. Geh. 12½ Sgr.

Der Ausgang der ungarisch-kroatischen Wirren ist für die österreichische Gesammt-Monarchie eine Lebensfrage; aber auch für das übrige Deutschland ist derselbe von größter Wichtigkeit. Vorstehende interessante und gut geschriebene Schrift wird Allen, die sich eine detaillirtere Kenntniß dieses Volks-Zerwürfnisses zu verschaffen wünschen, gute Dienste leisten.

Zu haben in der Buchhandlung von **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln**, in **Brieg** bei **Ziegler.**

Offene Lehrer-Stelle.

Ein geprüfter jüdischer Lehrer (wo möglichst unverheirathet), der neben den Elementarkenntnissen die Fähigkeit besitzt, einige Knaben dem Gymnasium vorzubereiten, wie auch im Hebräischen den nöthigen Unterricht zu ertheilen vermag, kann vom 15. November ab bei mehreren hiesigen Gemeinde-Mitgliedern ein Unterkommen finden. Reflektirende wollen gefälligst in frankirten Briefen, nebst Beilegung ihrer Zeugnisse, unter der Adresse A—Z. poste restante Guttentag in O.-S. sich wenden.

Concerte des Künstlervereins.

Der hiesige Künstlerverein wird in bevorstehendem Winter **vier** Abonnements-Concerte, immer Donnerstag Abends 7 Uhr im Musiksaale der Universität veranstalten, insofern die Anzahl der Abonnenten die Kosten des Unternehmens deckt. Man abonnirt in jeder der hiesigen Musikhandlungen mit 2 Rtlr. auf 4 Concerte. Das erste würde Mitte November stattfinden.

Die **Albrechtsstraße Nr. 20**, der königl. Regierung gegenüber, eröffnete

Lesebibliothek: A. Stephan,

empfiehlt sich geneigter Beachtung.

Dieses Institut im Besitz von **9000** Bänden bietet sowohl Freunden unterhaltender Lektüre, als Freunden wissenschaftlicher Werke, reiche Auswahl; es finden sich in demselben nächst den **Klassikern** der deutschen Literatur, den vorzüglichsten **belletristischen** Erscheinungen, Romanen, dramatischen Werken, Gedichten u. s. w., gegenwärtiger und früherer Zeit, auch beachtenswerthe Werke aus dem Gebiete der Philosophie und Theologie, Pädagogik, Geschichte, Länder- und Völkerkunde, Naturwissenschaft u. s. w.

Das monatliche Abonement für 1, 2—4 Bände beträgt 5, 7½, 10 Sgr.; der Umtausch kann nach Belieben, täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, Vormittags von 7 bis 12 Uhr, Nachmittags von 2 bis 7 Uhr, stattfinden.

Der gewöhnliche Leihbetrag für ein Buch einzeln genommen, ist 1 Sgr., für neuere Werke 1½ bis 2 Sgr. für die Woche.

Berichtigung. Durch die Annonce der Herren Felsmann u. Comp. in Nr. 248 dieser Zeitung werde ich zu der Bemerkung veranlaßt, daß ich laut gerichtl. Vertrage nicht nur das Detail-Geschäft dieser Firma, sondern wie es bei reelen Geschäftsverkäufen stets der Fall ist, überhaupt das ganze Geschäft in seinem bisherigen Umfange erkauft habe. Nur denjenigen Theil des Waaren-Lagers, welchen ich als Ladenhüter ansehen mußte, habe ich von der Uebernahme ausgeschlossen und mir dafür kontraktlich nur das Vorkaufsrecht vorbehalten.

Der frühere Besitzer des von mir erkauften Geschäfts, Hr. Ed. Felsmann, hat mir vorgespiegelt, daß er durch fortwährende Kränklichkeit behindert werde, dem Geschäft ferner vorzustehen, es deshalb verkaufen müsse und sich von hier fortbegebe, um eine längere Kur vorzunehmen, worauf er anderwärts eine, seinem Körperzustande mehr zusagende Beschäftigung ergreifen wolle.

Uebrigens ist die Firma Ed. Felsmann und Comp. zufolge gerichtlichen Vertrages vom 3. September, mit dem Tage der erfolgten Uebernahme, erloschen.

Breslau. **Robert Vetter.**

In Bezug auf die in der gestrigen Breslauer und Schlesischen Zeitung enthaltene Mittheilung über

feuerfeste eiserne Geldschränke

zeige ich hierdurch ergebenst an, daß ich Herrn **Leopold Freund,** Herrenstraße Nr. 25 in Breslau, die Agentur übertragen und selber jeden Auftrag prompt ausführen wird. Bei Genanntem steht ein Schrank zur Ansicht.

S. J. Arnheim,
Hof-Kunstschlosser in Berlin.

Eine Partie seidene Kleider, 19 Ellen für 7 Rtlr., bunt gestreift und carrirt seidene Stoffe zu 15, 16 und 17 Sgr., zu denselben Preisen auch schwarze Mailänder Glanz-Taffte; echte französische Cachemir-Roben, 19 Ellen (reine Wolle), à 8 Rtlr.; Mousseline de Laine-Roben in den modernsten Zeichnungen, von 3 Rtlr. ab, Barege-Roben, 21 Ellen für 4 und 4½ Rtlr., empfing und offerirt;

A. Weisler,
Schweidnitzer- und Junkern-Straßen-Ecke Nr. 50.

C. F. Dietrich aus Straßburg,

Schmiedebrücke Nr. 2, empfiehlt:

frische Trüffel-Leber-Wurst; frische Gänse-Leber-Pasteten, reich garnirt mit Perigord-Trüffeln; italien. Fleisch-Käse; Mainzer Roulade; Mortadellen; gefüllten Schweinskopf; farcirten Auerhahn; Bayonner und westfälischen Schinken; Zungen- und Sülz-Wurst; Preß-Schinken; Straßburger und Braunschweiger Cervelatwurst; gepöckelte und geräucherte Rindszunge; Wiener Würstchen; Speck; Rauch- und Pökelfleisch bester Qualität.

☞ Ein **Apothekergehülfe** wird unter vortheilhaften Bedingungen verlangt.
☞ Ein **Literat** wird zur Uebernahme von Correcturen belletr. Manuscripte sofort gesucht.
☞ Ein **Land-Gasthof** an frequenter Straße, neu, massiv, 2 Stock hoch, mit Flachwerkdach und **30 Morgen Land,** ist für 5500 Rthlr. zu verkaufen.

Näheres im **Central-Adreß-Bureau** in Breslau, Kupferschmiede-Straße Nr. 17.

Bekanntmachung,

betreffend den Verkauf des ehemaligen Forst-Inspektor-Etablissements zu Rybnick nebst Zubehör.

Das ehemalige Forst-Inspektor-Etablissement zu Rybnick, bestehend in:

a) einem massiven mit Flachwerk gedeckten Wohnhause, eine Etage hoch;
b) einem Stall-Gebäude von Schrotholz;
c) einem Scheuer- und Schuppen-Gebäude von Bindwerk;
d) Schwarz- und Federviehställen, und einem Appartement;
e) einer hölzernen Wasserleitung, mit einem Behälter im Hofe; und
f) Umzäunungen des Gehöfts und Gartens, mit Hofraum und Baustellen, von 120 □R. Flächen-Inhalt, so wie
g) dem vor dem Etablissement belegenen Obst- und Gemüse-Garten von 1 Morgen 86 □R. Flächen-Inhalt,

soll im Wege der öffentlichen Licitation verkauft werden.

Der Termin hierzu ist auf den

14. November d. J.

in den Stunden von 10 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags anberaumt, und wird in dem königl. Domainen-Rent-Amts- und Forst-Kassen-Lokal zu Rybnick von dem Herrn Regierungsrath Niederstetter abgehalten werden.

Kauflustige werden eingeladen, sich in dem Termin einzufinden, und ihre Gebote abzugeben; falls solche annehmbar befunden werden, ist der Zuschlag zu gewärtigen.

Das Kaufgelder-Minimum ist auf 1919 Rtl. festgesetzt.

Die Licitations-Bedingungen können in unserer Forst-Registratur hierselbst und in dem Domainen-Rent-Amts-Lokal zu Rybnick zu jeder schicklichen Zeit eingesehen werden, auch wird der königliche Domainen-Rentmeister Tarnogrocki zu Rybnick die zu veräußernden Realitäten, den sich Meldenden auf Verlangen vorzeigen.

Oppeln, den 30. September 1848.

Königliche Regierung.
Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

Nothwendiger Verkauf.

Der am Markte hieselbst sub Nr. 23 belegene Gasthof zum grünen Baum, abgeschätzt auf 8420 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf., soll zufolge der nebst Hypotheken-Schein in unserer Registratur einzusehenden Tage ohne Hinterhaus in dem auf

den 29. December Vorm. 10 Uhr

an gewöhnlicher Gerichtsstelle hieselbst subhastirt werden.

Sagan, 11. Juni 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Verpachtungs-Anzeige.

Der Besitzer des zu Hermsdorf, zwischen Waldenburg, Gottesberg, Salzbrunn und Altwasser, höchst romantisch belegenen, mit Gastwirthschafts-Concession versehenen und mit einer Mineralwasser-Badeanstalt verbundenen, unter der Benennung **„Flora-Bassin"** bestehenden, elegant eingerichteten Etablissements beabsichtigt, dasselbe von Weihnachten d. J. ab oder von Ostern k. J. ab, mit dem erforderlichen Inventarium im Wege des Meistgebotes zu verpachten, und habe ich zur Empfangnahme der Gebote einen Termin

auf den 11. November d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

in meiner Kanzlei hierselbst angesetzt, zu welchem kautionsfähige Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die nähere Beschreibung wie die Pachtbedingungen jederzeit bei mir zu ersehen sind.

Waldenburg, den 8. Oktober 1848.

Stuckart, Justizkommissar und Notar.

Proklama.

Der Häusler Samuel Sommer in Ruden starb am 4. Oktober 1825. Er hinterließ eine Wittwe Marie geborne Kube, mit der er sich vor dem Jahre 1809 verheirathet hatte.

Als seine Erben sind folgende Kinder zu den Akten namhaft gemacht:

I. Aus erster Ehe von der angeblich im Jahre 1803 gestorbenen Rosine gebornen Kube, auch Manka genannt,

1) Eleonora Sommer, früher in Grünberg,
2) Anna Christana verehelichte Dehmel; diese und ihr Ehemann sollen in Ujazd in russisch Polen verstorben sein und eine Tochter Johanne Christine Julianne verehelichte Tuchmacher Altmann in russisch Polen hinterlassen haben,
3) Johann Chistoph Sommer, angeblich Müller in Gadsch in Polen,
4) Rosine Sommer, die an einen Unteroffizier in Neisse verheirathet gewesen sein soll,
5) Gottlob Sommer, über dessen Aufenthalt nichts konstirt.

II. Aus zweiter Ehe mit der Marie gebornen Kube aus Ruden,

6) die verehelichte Häusler Christian Kliem, Rosine Dorothea Sommer in Ruden.

Der Nachlaß besteht aus einem Häuslergrundstücke Ruden Nr. 6, das im Jahre 1836 gerichtlich auf 80 Rtlr. abgeschätzt ist und dem auf 27 Sgr. 4 Pf. abgeschätzten Mobiliar, das jedoch nicht mehr vorhanden ist.

Die vorstehend ad I. 1 bis 5 genannten Erben des Samuel Sommer und deren alleinige Erben und nächste Verwandte werden hierdurch aufgefordert, spätestens im Termine, den **5. Dezember c.**, Vormittags 11 Uhr vor dem Unterzeichneten im hiesigen Gerichtsgebäude schriftlich oder persönlich sich zu melden und ihr Gerechtsame wahrzunehmen, widrigenfalls die Extrahentin Rosina Dorothea Kliem für die rechtmäßige Erbin angenommen, ihr als solcher der Nachlaß zur freien Disposition verabfolgt und der nach erfolgter Präklusion sich etwa erst meldende nähere oder gleich nahe Erbe alle ihre Handlungen und Dispositionen anzuerkennen und zu übernehmen schuldig, von ihr weder Rechnungslegung noch Ersatz der gehobenen Nutzungen zu fordern berechtigt, sondern sich lediglich mit dem, was alsdann noch von der Erbschaft vorhanden wäre, zu begnügen verbunden sein soll.

Wollstein, den 12. Juli 1848.

Königliches Land- und Stadt-Gericht.
Der Richter:
Kühl,
Land- und Stadt-Gerichts-Rath.

Obwieszczenie.

W wsi Rudnie umarł dnia 4go Października 1825r. chałupnik Samuel Sommer, pozostawił wdowę Maryą z Kubow, z którą się przed rokiem 1809 ożenił.

Jako sukcessorowie jego są następujące dzieci do Akt podane.

I. Z pierwszego małżeństwa z Rożyną z Kudów także Manke zwaną, która jak podano, w roku 1803 umarła,

1) Eleonora Sommer dawni w Zielonygórze,
2) Anna Krystyna zamężna Dehmel, która jako też i mąż iej w Ujaździe królestwie polskim pomrzyć mieli, i jedną córkę Joannę Krystynę Juliannę zamężną za sukiennikiem Altmann w Król. Polskim przostawieli,
3) Jan Krystof Sommer mniemany Młynarz w Gadzi Król. Polskim,
4) Rozyna Sommer, która za podofficerem w Neisie ożeniona być miała,
5) Bogusław Sommer, którego miejsce pobytu nieznajome.

II. Z drugiego małzeństwa z Maryą z Kubow z Rudna,

6) Rozyna Dorota Sommer zamężna za chałupnikiem Krystyanem Kliem w Rudnie.

Pozostałość składa się z nieruchomośći chałupniczej w Rudnie pod liczbą 6tą położony, która w roku 1836 sądownie na Tal. 80 oszacowaną została, i z ruchomośći oszacowanych na śgr. 27 fenigow 4, ktore się jednak już nie znajdują.

Poprzednia ad I. 1 do 5, wymienioni Sukcessorowie Samuela Sommer i jedyni sukcessorowie oraz i najbliżsi krewni sukcessorow jego, wzywają się niniejszym, ażeby się najpóźni w terminie **dnia 5go Grudnia r. b.,** o godzinie 11tej przed południem przed podpisanym Sędzią w miejśću posiedzyn Sądu tutejszego piśmiennie lub osobiśeie zgłosili i praw swoich dostrzegali, ponieważ w razie przeciwnym Extrahentka, zamężna Rozyna Dorota Kliem, za prawą sukcessórkę przyjętą, onéj jako takiej, pszostałość do wolnéj dyspozycyi wydana; a wszelki bliższy lub równego Stopnia z nią dziedzić, dopiero po zaszłéj prekluzyi zgłaszający się, wszelkie iej czynnośći i rozrządzenia za dobre uznać i przyjąć obowiązanym będzie; nie będąc zaś już mocen żądać od niej kalkulacyi, lub wynagrodzenia pobieranych użytków, będzie musiał przestać jedynie na tém cokolwiek by się na ówczas jeszcze z sukcessyi z najdować mogło.

W Wolsztyniu dnia 12 Lipca 1848.

Król. Sąd Ziemsko Miejski.
Sędzia: Kühl,
Radzca Sądu Ziemsko miejskiego.

Zum **Fleisch- u. Wurstausschieben,** Sonnabend den 28. Oktbr., ladet ergebenst ein:
Julius Werner,
Hinterbleiche Nr. 6.

Ein Rittergut,

2½ Stunde von Breslau, **dicht an der Eisenbahn**, mit mehr als 1600 Morgen Areal; ganz **massiv gebaut,** mit tüchtigem **Weizen-** und Kornboden, sehr ansehnlichem **Wiesewachs,** einem fast unermeßlichen **Torflager, Steinbruch** und **Schamot-Erde** zu feuerfesten Ziegeln, mit vollständigem todten und lebenden Inventarium, mit Brau- und Brennerei, **ohne Zinsen, Dienste und Gefälle von der Gemeinde,** würde **dann** sehr **preismäßig,** der Morgen mit **einigen 30 Rthlr.** wegen **Familien-Verhältnissen,** bei **geringer Anzahlung** und bei nicht **sobald** zu **kündigenden Kapitalien** durch den Bau-Inspektor **Glauer,** Hummerei Nr. 3, verkauft werden, wenn ein Käufer **schnell** zu Werke geht.

Eine tüchtige Wirthschafterin in den 20er Jahren kann sofort eine Stelle nachgewiesen werden durch
Q. Walter und Comp.,
Ohlauerstraße Nr. 70, 2 Stiegen.

1000 Rthlr. zu 5 pCt. zur ersten Hypotheke, auf ein hiesiges Grundstück, werden sofort gesucht. Näheres bei **Q. Walter und Comp.,** Ohlauerstr. 70, 2 Stiegen.

Echt Ceyloner Dampfkaffee in 1/1, 1/2 und 1/4 Pfd.-Packeten, nicht unter 14 Sg. pro Pfd.,
Dampf-Cuba-Kaffee in 1/1, 1/2 und 1/4 Pfd.-Packeten, 10 Sgr. pro Pfd., bei
Schüler u. Comp.,
Junkernstraße Nr. 33.

Frische holst. Austern
bei
Gebrüder Friederici,
Ohlauer Straße Nr. 6, zur Hoffnung.

Vigogne-Jacken,
für Damen und Herren, welche auf dem bloßen Körper getragen werden, empfiehlt:
Herrmann Littauer,
Nikolaistraße Nr. 15.

Milch-Verkauf.

von der Scholtisei zu Polnisch-Peterwitz ist die Milch, wie sie von der Kuh kommt, und täglich in verschlossenen Kannen nach Breslau gesendet wird, von Freitag den 27sten d. M. an Vormittags um 9½ Uhr, Büttnerstraße Nr. 24, am Thorwege, das preußische Quart zu 1 Sgr. 3 Pf. zu haben.

Marinirten Lachs, Kieler Sprotten, geräucherten Lachs, holl. Rauch-Heringe
offerirt in bester frischer Waare:
Carl Straka,
Albrechtsstraße 39, der königl. Bank gegenüber.

Milch-Verkauf.

Das Dominium Frauenhain, nahe an der Freiburger Eisenbahn, beabsichtigt die Milch nach Breslau zu verkaufen. Hierauf Reflektirende wollen sich bei dem Unterzeichneten melden. **Das Wirthschaftsamt.**

Verkaufs-Anzeige

einer gut erhaltenen Wäsche-Mangel mit Rad, eines großen eisernen Reifens mit Haken zum Fleisch aufhängen, und eines kupfernen Waschkessels, wegen Mangel an Platz, Neue Taschenstraße Nr. 4, eine Treppe hoch.

3000 Rtl., 800 Rtl., 600 Rtl., 300 Rtl. werden gesucht zur ersten Hypothek, also pupillarisch sicher, auf bäuerliche Grundstücke.

Zwei Wassermühlen mit schönem Acker, Holz und Wiesen und mehrere Rustikalgüter sind billig zu verkaufen. Näheres durch das Kommissions-Bureau am Bahnhofe Kanth.

Billig zu verkaufen:

1 Gebett Betten, 2 neue Bettstellen, 2 Kommoden, 6 Stühle, 1 Pfeilerspind, 1 Spiegel, 1 Kleiderspind, 1 Tisch, 1 Waschtoilette; Weidenstraße Nr. 35, 2 Stiegen.

Circa 200 Eimer

vorzüglich gute Weinfässer, 8—14 Eimer in Eisenband, offerirt zum Verkauf:
Moritz Oppler, am Rathhause 24.

Ein Gasthof erster Klasse,

in einer Provinzialstadt Schlesiens, ist mit wenig Anzahlung sofort zu verkaufen oder zu verpachten. Das Nähere auf frankirte Anfragen unter Chiffre **F. R. poste restante** Breslau zu erfahren.

Völliger Ausverkauf von guten billigen Flügeln, auch Mahagoni-Flügel, sehr wenig gebraucht, stehen Hummerei Nr. 56.

Ein braun- und weißgefleckter Wachtelhund ist verloren gegangen. Wer ihn Werderstraße Nr. 12 abgiebt, erhält eine Belohnung.

Zu vermiethen und bald zu beziehen sind Gartenstraße Nr. 6 im ersten Stock 2 höchst freundliche und eben so bequeme Wohnungen, jede bestehend aus 3 Stuben, 1 Kabinet, so wie Küchenstube und geräumigen Keller und Bodenraum.

Vorwerks-Straße Nr. 7, eine Stiege links, ist eine freudliche Stube billig zu vermiethen.

Herrenstraße und Gerbergassen-Ecke Nr. 1 sind zwei Wohnungen zu vermiethen. Das Nähere 2 Stiegen hoch bei Hrn. Kowalski.

Gut möblirte Zimmer sind für Fremde zu haben: Albrechtsstraße Nr. 24.

Junkernstraße 25, ist eine möblirte Stube zu vermiethen.

Kurzegasse Nr. 14a.

sind mehrere große Wohnungen im Ganzen oder getheilt zu vermiethen und bald oder Term. Weihnachten zu beziehen.

Wohnung wird gesucht

in der Nähe des oberschlesischen Bahnhofes, hohes Parterre oder 1ste Stiege, sofort zu beziehen. Gewünscht werden — je nach der Größe — 2 bis 3 Zimmer mit allem Zubehör und wo möglich etwas Garten. Offerten mit Angabe des Miethpreises **N. N. poste restante Breslau.**

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Gutsbesitzer Baron v. Dallwitz a. Leipe. Dom-Prälat Graf v. Lichnowski aus Rom. Kaufm. Büttner a. Lauban. Gutsbes. Dietze a. Lodenau. Gutsbes. Niebuhr a. Berlin. Kaufm. Stüfe a. Kassel. Kaufm. Reiter a. Hamburg. Partik. Baron v. Stark a. Dresden. Kaufm. Brockhausen a. Königsberg in Preußen. — Generalmaj. v. Bener a. Wien. Grenzbeamter Busse a. Neustadt.

Breslauer Getreide-Preise
am 25. Oktober.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	62	Sg.	56	Sg.	47	Sg.
Weizen, gelber	60	„	55	„	46	„
Roggen	34	„	32	„	29	„
Gerste	29	„	27	„	25	„
Hafer	18	„	17	„	16	„

Bei jeder Witterung. Lichtbild-Portraits Aufnahme im Zimmer.

von **Julius Rosenthal,** Graveur und Daguerreotypist, Ring Nr. 42, Schmiedebrücke-Ecke.

Die **neuesten Modells** fertiger echter Lama-Mäntel empfiehlt zu sehr zeitgemäßen Preisen; Stoffe in sehr bedeutender Auswahl, die auf Bestellung in kürzester Zeit angefertigt werden:

A. Weisler,

Schweidnitzer- und Junkern-Straßen-Ecke Nr. 50.

Alle Arten **chemische Zündwaaren und Requisiten,** für Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen, bei
Robert Vetter,
Ohlauer Straße Nr. 56, 57, vis-à-vis dem alten Theater.

Bekanntmachung.

Im Wege der Exekution sollen 1315¾ Klaftern, theils eichen, buchen, theils kiefern Klobenholz, und resp. Astholz auf dem Dominium Jarocin in dem auf

den 23. November d. J.

vor unserm Exekutions-Inspektor Herrn Ackermann angesetzten Termine gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft werden, wozu Kauflustige hierdurch eingeladen werden.

Pleschen, den 17. Oktober 1848.
Königliches Land- und Stadtgericht.
Der Richter:
Hantusch, Oberlandesgerichts-Assessor.

Empfehlung.

Die neue
Papier-, Schreib-, Zeichnen-Material- und Galanterie-Waaren-Handlung von
Joh. L. Kletschhoff,
in Breslau, Buttermarkt Nr. 6,
der Oderstraße schräge über,
empfiehlt ihr komplettes Lager von allen in dieses Fach einschlagenden Artikeln, so wie einen Vorrath von Galanterie-Waaren; desgl. Schreib- und Conto-Büchern, eine Auswahl von neuen patentirten Metall-Stahlfedern, Halter u. s. w. und ist bemüht, bei stets reeler und pünktlicher Bedienung die allerbilligsten Preise zu stellen und bittet um hochgeneigten Zuspruch.

Ein elternloses ordentliches Mädchen sucht ein Unterkommen in einem Laden, oder bei einer Familie, um der Hausfrau zur Hand zu gehen, gleichviel ob hier oder außerhalb Breslau. Näheres ist zu erfahren Albrechts-Straße Nr. 54, im Hofe eine Stiege.

Heute den 26. Oktober
großes Konzert
der Breslauer Theaterkapelle im Café restaurant.

Zur Aufführung kommt unter Anderem: Sinfonie von Maurer (F-moll) und Polonaise aus dem Trauerspiel „Struensee“ von Meyerbeer.

Anfang 6 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Tempelgarten.
Sonntag den 29. Oktbr.
Casino.

Herren-Billets à 7½ Sgr. liegen bis Sonntag 6 Uhr beim Restaurateur zum Verkauf.
An der Abendkasse ohne Ausnahme:
Entree für Herren 10 Sgr., Damen 5 Sgr.

Ein Rittergut,

nahe bei Breslau, wird auf ein neu erbautes Haus daselbst, von mittlerer Größe, zu vertauschen beabsichtigt. Näheres ertheilt **A. Geisler,** Kupferschmiede-Straße Nr. 14.

1000 Stück Fasanen

sind in der Fasanerie der Herrschaft Tost O/S., abzulassen. Der Preis ist bei dem Forstbeamten daselbst zu erfahren. Bestellungen auf lebende Fasanen werden bei Zeiten erbeten.

Schloß Tost O/S., den 8. Oktober 1848.
Das Forstamt der Herrschaft Tost und Peiskretscham.

Weißen harten **Mittelzucker** in ganzen Broden, à 5 Sgr. pro Pfd., bei
Schüler u. Comp.,
Junkernstraße Nr. 33.

Breslau, den 25. Oktober.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113⅓ Br. Louisd'or 112⅓ Gld. Polnisches Courant 94½ Br. Oesterreichische Banknoten 95 1/12 Gld. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 91 Gld. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½ % 74¼ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 95 7/12 Br., neue 3½ % 78 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½ % 90⅓ Br., Litt. B 4% 92 1/12 Br., 3½ % 81½ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 90 Gld., neue 90 Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 87 Br. Oberschlesische Litt. A 3½ % 90 Br., Litt. B 90 Br. Krakau-Oberschlesische 43 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 68 Gld. Köln-Mindener 3½ % 74 Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 41⅔ Gld.

Berlin, den 24. Oktober.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½ % 73¾ u. 74 bez., Prior. 4½ % 89¼ Br. Krakau-Oberschlesische 42½ Br. Niederschlesische 3½ % 68¼ Br., Prior. 4% 82 Gld., Prior. 5% 93½ Gld., Serie III 5% 88½ Gld. Oberschlesische Litt. A 3½ % 89½ bez. u. Br., Litt. B 89½ bez. u. Br. Rheinische 52½ zu machen., Prior.-Stamm 4% 67 Br. Posen-Stargard 4% 66½ bez. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 41¾ u. ⅞ bez. u. Br. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3½ % 74⅛ etw. bez. u. Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 92½ bez. Posener Pfandbriefe 4% 95 Br., neue 3½ % 77⅝ bez. u. Br. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112¾ bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue 90¼ bez.

Anfangs der Börse zeigte sich für Fonds und Eisenbahn-Aktien eine weniger günstige Meinung, später trat jedoch mehr Leben ein und die meisten derselben erreichten fast ihren gestrigen Stand und schlossen fest.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.